



AVE-Spezial vom 18. September 2013

Außenwirtschaftliche Forderungen der deutschen Wirtschaft an die neue Bundesregierung

Gemeinsam mit den anderen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft hat die AVE einen außenwirtschaftlichen Forderungskatalog an die neue (oder auch alte?) Bundesregierung formuliert. Sie finden dieses Papier im Anhang.

Darin setzen sich die Verbände u.a. dafür ein, angesichts des weitgehenden Stillstands der Doha-Welthandelsrunde den Abschluss von ausgewählten, regionalen und bilateralen Integrations- und Freihandelsabkommen voranzutreiben. Gleichwohl müsse parallel zu dieser Entwicklung die Bedeutung der WTO weiter gestärkt werden. Angesichts eines weltweit wachsenden Protektionismus sei insbesondere die Verbesserung des Streitbeilegungsmechanismus eine notwendige Maßnahme, um den internationalen Handel zu intensivieren.

Darüber hinaus wird in dem Papier klar gestellt, dass Importe von Waren und Dienstleistungen eine unverzichtbare Grundlage für die wettbewerbsfähige Produktion am Standort Deutschland sind. Die Erschließung neuer Beschaffungsmärkte sowie eine entwicklungsorientierte Importförderung seien deshalb unverzichtbar.

Auch wird die Bundesregierung aufgefordert, gegenüber Handels- und Zollpraktiken der EU besonders wachsam zu sein, da Hemmnisse zum Teil unter dem Deckmantel anderer politischer Ziele kreierte würden. Ferner solle das geltende Antidumpingregime der EU an die geänderten wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden.

Damit wurden die Zuarbeiten der AVE in vollem Umfang berücksichtigt.

Stefan Wengler
